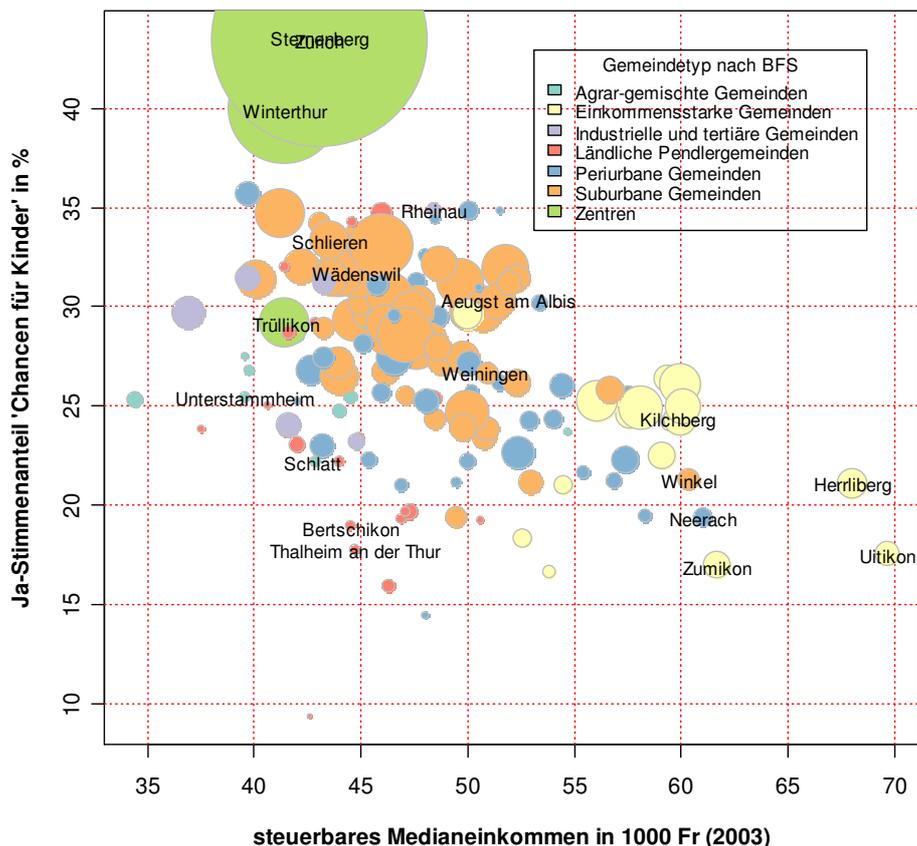




Rechts, bzw. progressiv-konservativ Gegensatz war, sondern vielmehr jenes zwischen den "Umverteiltern" und den "Marktwirtschaftlern". Es verwundert deshalb nicht, dass die Stadtkreise 4 und 5, die auf der "politischen Landkarte" nicht dargestellt sind, weil sie zu weit "westlich" wären (siehe aber Grafik 10 in [statistik.info 15/2005](#)), auch die extremsten Resultate aufweisen: als einzige Gebietseinheit im Kanton wurde dort die kantonale Initiative angenommen (59% Ja-Stimmenanteil), und dieser städtische Zählkreis gehört auch zu den wenigen (zusammen mit dem Kreis 3 sowie Rifferswil und Rheinau), welche die IV-Revision mehrheitlich ablehnten. Am anderen Extrem befinden sich die Goldküstengemeinden, wo die Zustimmung zur Initiative sehr niedrig war, hingegen die IV-Revisionsvorlage grossen Anklang fand.

Dieser politische Gegensatz ist in der Tendenz auch einer zwischen den (gemessen am mittleren steuerbaren Einkommen der Einwohner) wohlhabenden Gemeinden des Kantons und denen, die es weniger sind. Grafik 2 zeigt diesen negativen Zusammenhang am Beispiel der "Chancen für Kinder"-Initiative. Er war übrigens bereits im März sehr deutlich sichtbar, als es um die [Einheitskrankenkasse](#) ging.

**Grafik 2: Ja-Stimmenanteil "Chancen für Kinder"-Initiative und Einkommenslage in den Gemeinden**



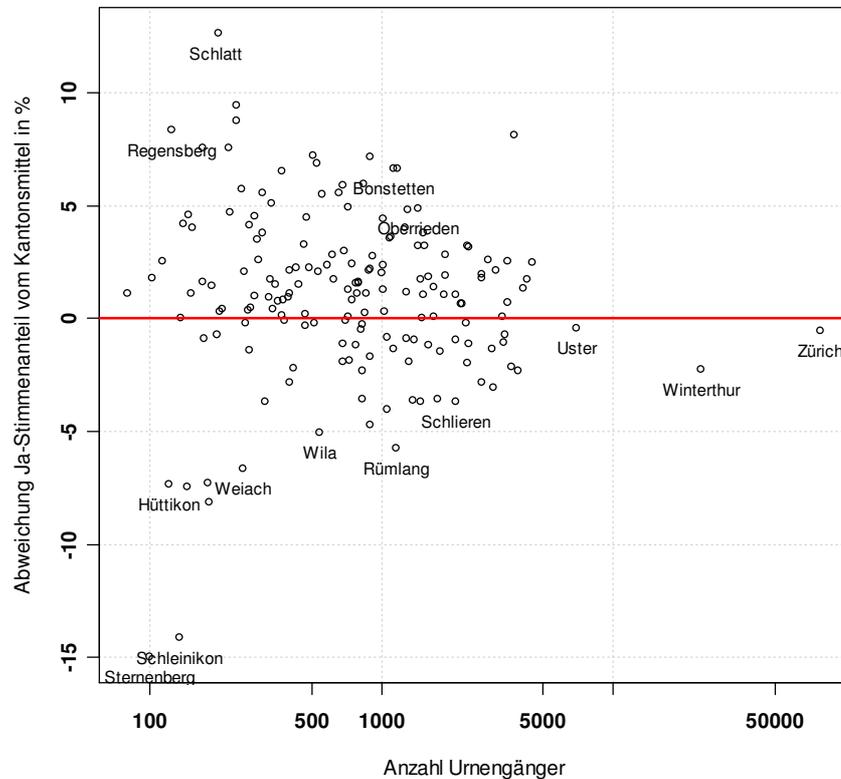
**Ärztliche Zusatzhonorare - (k)ein Thema für den Stimmbürger?**

Die Abstimmung über die feineren Details der Regelung der Verteilung der ärztlichen Zusatzhonorare an den kantonalen Spitälern und den Gegenvorschlag des Spitalärzterverbandes hatte das allseits erwartete Resultat - was angesichts der allgemeinen Ja-Parolen der Parteien für das Gesetz und des für die meisten Stimmberechtigten des Kantons wahrscheinlich wenig relevanten Gegenstands ja auch nicht verwundern darf. Die Urngänger folgten zu 75 Prozent (wahrscheinlich etwas ratlos) der Empfehlung von Kantons- und Regierungsrat, der das Gesetz zur Annahme empfahl; der Gegenvorschlag hatte mit 17% Ja-Stimmenanteil keine Chance.

Die regionalen Unterschiede in den Gemeinderesultaten sind politisch kaum zu interpretieren; die Abweichungen der kommunalen Ja-Stimmenanteile vom kantonalen Resultat sind tenden-

ziell um so grösser je kleiner die Gemeinde ist, wie Grafik 3 zeigt - was ein starker Hinweis auf den Zufälligkeitscharakter des regionalen Musters ist (siehe auch die Karte auf S. 5).

**Grafik 3: Abweichung der Gemeinderesultate vom Kantonsresultat**



Anders als bei den heutigen Sozialvorlagen, wo die Aggregatsdaten eine zumindest ungefähre politische und soziale Lokalisierung der Gegner und Befürworter erlaubt, kann man auf der Grundlage der Abstimmungsresultate keine begründeten Mutmassungen darüber anstellen, wo das ungefähre Viertel der Stimmberechtigten politisch und sozial zu verorten ist, das sich gegen das Honorargesetz ausgesprochen hat.

Zwischen der Zustimmung zur Vorlage und der Ablehnung des Gegenvorschlags besteht - vielleicht überraschenderweise - kein Zusammenhang in den Gemeinderesultaten, der stark genug wäre um eine Interpretation des Sinnes zuzulassen, dass die Zustimmung für die eine mit der Ablehnung des andern einhergegangen wäre - ein weiterer Hinweis auf die schwache Polarisierungskraft der beiden Alternativen.

\*\*\*

Wie stets bei Aggregatsdatenanalysen ist vor Überinterpretationen zu warnen. Selbstverständlich kann diese Analyse auf Gemeindeebene nicht zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Gegenteiligen Suggestionen zum Trotz geben Aggregatsdaten auch keine Auskunft darüber, wie hoch die Ja-Stimmenanteile der einzelnen Vorlagen bei den verschiedenen Parteianhängerschaften waren - es sei denn unter sehr restriktiven und entsprechend kühnen Modellannahmen, die entsprechend auch offenzulegen wären. All dies zu ermitteln, ist die Aufgabe einer demoskopischen Nachbefragung – die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse sind aber besser als gar nichts, und als begründete Mutmassung bis zum Widerruf durch eine bessere Datengrundlage brauchbar.



